

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Heiß und Kalt in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen: Die Konflikte gehen unvermindert weiter

Seit der Einladung des Staatspräsidenten der Republik China, Li Denghui, in die USA ist, wie Beijing betont, das amerikanisch-chinesische Verhältnis auf den niedrigsten Stand seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 16 Jahren gesunken. (XNA, 23.8.95 und C.a., 1995/8, Ü 3) Zur Verschlechterung trug auch die Verhaftung des chinesischen Bürgerrechtlers amerikanischer Staatsbürgerschaft, Wu Hongda, und die Ausweisung zweier amerikanischer Diplomaten bei. (Dazu im einzelnen: C.a., 1995/8, Ü 3)

Inzwischen sind drei neue Beschwerden hinzugekommen - zumindest ist dies aus chinesischer Sicht der Fall -, nämlich die Rede der Präsidentengattin Hillary Clinton bei der Weltfrauenkonferenz, der Besuch des Dalai Lama in den USA und die Ankündigung einer Kongreßfraktion, sie wolle darauf dringen, daß die US-Außenpolitik die Wiederzulassung Taiwans in die UNO betreibe.

- Am 6. September hatte Hillary Clinton vor der Versammlung der Nichtregierungsorganisationen in Huairou eine Rede gehalten, die von den einen mit Begeisterung aufgenommen, von den anderen mit Schweigen übergangen wurde, und die sich im übrigen unter chaotischen äußeren Bedingungen abgepielt hatte. Bereits am Morgen der Veranstaltung hatte es in Strömen geregnet. Hillary Clinton sollte ihre Rede ursprünglich im Freien halten, doch mußte die Veranstaltung dann, wie die chinesischen Behörden klagten, in die Konferenzhalle umverlegt werden, so daß nur rd. 1.500 statt der interessierten 10.000 Zuhörerinnen präsent sein konnten. (XNA nach SWB, 7.9.95)

In der Rede selbst kritisierte Frau Clinton, ohne die chinesischen Gastgeber beim Namen zu nennen, Zwangsabtrei-

bung und Zwangssterilisierung, Mißachtung der Menschenrechte und Einschüchterungs- und Zensurversuche am Rande der Konferenz der Nichtregierungsorganisationen.

Die meisten Teilnehmerinnen brachen in stürmischen Applaus aus, während andererseits die offiziellen chinesischen Medien, vor allem die *Renmin Ribao* die Rede nur beiläufig erwähnten. (RMRB, 6.9.95, S.2)

Begeistert war auch die amerikanische Presse. Die *New York Times* meinte, daß die Rede sich eines Tages als Höhepunkt im Leben der First Lady erweisen könnte. (Zit. in IHT, 7.9.95)

Der Sprecher des Außenministeriums kommentierte auf Fragen eines Journalisten die Rede mit dem Hinweis, daß das Hauptthema der Vierten Weltfrauenkonferenz "Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden" gewesen sei. China habe mit Zufriedenheit feststellen können, daß die Teilnehmerinnen aller Länder auf der Grundlage gegenseitigen Respekts und freundschaftlicher Kooperation das Gemeinsame gesucht und sich um gemeinsame Ziele bemüht hätten. Eine "Handvoll von Leuten" hätten freilich auch Reden und Kritiken gegen das Grundziel der Konferenz vorgebracht. "Wir ermahnen diese Leute, sich mehr um ihre inneren Angelegenheiten zu kümmern. Wir hoffen, daß die USA keine neuen Hindernisse mehr für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen schaffen. Das Schlüsselproblem liegt darin, die negativen Folgen des USA-Besuchs Li Denghuis zu beseitigen. China hofft, daß die amerikanische Regierung zu ihrem Wort steht, sich um die Verbesserung der bilateralen Beziehungen bemüht und keine neuen Probleme aufischt." (XNA in SWB, 8.9.95)

- Weiteren Ärger löste der Besuch des Dalai Lama im Weißen Haus aus. Gastgeber bei dem Besuch am 13. September war allerdings nicht Präsident Clinton selbst, sondern Vizepräsident Gore. Clinton stieß dann nur für eine Weile zu den Gesprächen hinzu, wie er dies schon in den beiden vorangegangenen

Jahren getan hatte. Damit sollte nach Meinung politischer Beobachter ein neuer Konflikt mit China vermieden und gleichzeitig dem Dalai Lama Respekt bezeugt werden.

In einer Erklärung des Weißen Hauses hieß es anschließend, Clinton und Gore hätten die Entschlossenheit des Gastes gelobt, seinem Prinzip des Gewaltverzichts treu zu bleiben und gleichzeitig eine pragmatische Haltung zu Verhandlungen mit China einzunehmen.

Immer wieder macht die amerikanische Regierung bei solchen Zusammenhängen auch deutlich, daß aus offizieller amerikanischer Sicht Tibet ein Teil der VR China sei. Zahlreiche Mitglieder des Kongresses sind jedoch gegenteiliger Auffassung und wollen den Friedensnobelpreisträger von 1989, den Dalai Lama, auch als Tibets Oberhaupt anerkennen. Clinton wurde denn auch diesmal wieder von einigen Parlamentariern wegen seines "Kotaus" vor den Chinesen getadelt.

Daß Clinton den Dalai Lama nun schon zum drittenmal (1993, 1994 und 1995) empfangen hat, ist, trotz des offiziell informellen Charakters des Besuchs, für die VR China ein Ärgernis, gegen das die chinesische Regierung denn auch sofort offiziell und energisch protestierte. Das Außenministerium bestellte denn auch den amerikanischen Chargé d'affaires ad interim, Scott Hallford, am 14. September ein, sprach seine Proteste aus und wies darauf hin, daß Tibet ein "untrennbarer Teil des chinesischen Territoriums" sei und daß es sich bei den tibetischen Angelegenheiten um rein innere Angelegenheiten der VR China handle, in die Beijing "keine Einmischung von außen her" dulde. (XNA, 15.9.95) Das Zusammentreffen Clintons mit dem Dalai Lama sei ein erneuter "ernsthafter Zwischenfall" in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen. (XNA in SWB, 25.9.95) Die *Renmin Ribao* klagte darüber, daß die "USA schon wieder einmal für Unruhe gesorgt hätten". (RMRB, 21.9.95, S.6)

Eine breite amerikanische Öffentlichkeit protestierte gegen die "brutale chinesische Besetzung Tibets". An die Spitze dieser Bewegung hat sich der in den USA populäre Schauspieler Harrison Ford gestellt. Ford hatte 1992 zusammen mit seiner Ehefrau, einer Filmtext-Buchautorin, eine Reise nach Tibet unternommen, um dort Material für einen Film über das Leben des Dalai Lama zu

sammeln. Der Dolmetscher, der sie auf dieser Reise begleitet hatte, war später verhaftet und ins Gefängnis geworfen worden. Ford gehört seitdem zu jenen Amerikanern, die sich in aller Öffentlichkeit für die tibetische Sache einsetzen.

- Ein drittes Problem tauchte Mitte September auf, als bekannt wurde, daß eine Reihe von Abgeordneten des Kongresses sich mit dem Plan trage, einen Antrag beim amerikanischen Parlament einzubringen, demzufolge in Zukunft die Zulassung Taiwans zur UNO unterstützt werden sollte. Auch hier reagierte Beijing auf der Stelle und forderte die amerikanische Regierung auf, solche Schritte zu verhindern. (XNA, 15.9.95) Ein solches Verlangen beweist tiefes Unverständnis für parlamentarische Vorgänge in einem demokratischen Land!

Ein Sprecher des Außenministeriums gab folgenden Kommentar ab: "Die amerikanische Regierung behauptet wiederholt, sie werde weiterhin eine Ein-China-Politik befolgen, an den drei gemeinsamen chinesisch-amerikanischen Kommuniqués festhalten, gegen "Zwei-China", "Ein-China, Ein-Taiwan" und gegen die Unabhängigkeit Taiwans sowie gegen den Eintritt Taiwans in die UNO eintreten. Wir hoffen, daß die US-Regierung zu ihrem Worte steht, effektive Maßnahmen ergreift, den Kongreß daran hindert, chinafeindliche Resolutionen anzunehmen und keine neuen Probleme und Hindernisse für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen schafft." (BRu, 1995, Nr. 40, S. 25)

Trotz aller Spannungen bemühen sich beide Seiten allerdings weiterhin, die Wogen etwas zu glätten.

Anfang September kam der frühere amerikanische Präsident George Bush zu einem mehrtägigen Besuch in die VR China. Bush hatte bereits vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen (1979) die USA als Vorsitzender der US-Ersatzbotschaft in Beijing vertreten, ist mit den chinesischen Verhältnissen also wohlvertraut. Bush wurde sowohl von Staatspräsident Jiang Zemin als auch vom Ministerpräsidenten Li Peng empfangen. (XNA, 9. u. 12.9.95) Er forderte dabei eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen.

Am 22. September erklärte sich China auch mit der Ernennung des neuen amerikanischen Botschafters James Sasser

einverstanden. Seit dem Privatbesuch des taiwanesischen Staatspräsidenten Li Denghui in den USA hatte Beijing seinen Botschafter aus den USA abberufen und verlangt, daß die amerikanische Seite dasselbe tue. Die Anerkennung des neuen Botschafters wurde von den Amerikanern als Anzeichen für eine "Wiedererwärmung" der beiderseitigen Beziehungen angesehen. Die gleiche Bewertung erfuhren auch die am 26. und 27. August in Beijing geführten Gespräche zwischen dem chinesischen Stellvertretenden Außenminister Li Zhaoxing und dem amerikanischen Stellvertretenden Außenminister Peter Tarnoff, die sich auf die Beseitigung der ersten Folgen konzentrierten, wie sie im Gefolge des Besuches Li Denghuis in den USA entstanden.

Die Hoffnungen auf eine weitere Verbesserung beziehen sich auch auf das geplante Treffen zwischen Clinton und Jiang Zemin am Rande der Feierlichkeiten zum 50jährigen Bestehen der UNO im Oktober 1995.

Nicht jedermann freilich teilt diesen Optimismus. Thomas Friedman von der *New York Times* beispielsweise sieht "wenig Hoffnung für ein Tauwetter in den sino-amerikanischen Beziehungen", seit das einigende Band der alten gemeinsamen Feindschaft gegenüber der Sowjetunion verschwunden sei. (Wiedergegeben in SCMP, 22.8.95) -we-

*(2)

Die heikle Frage der Nukleartests

Die weltweiten Proteste gegen die französischen Atomwaffenversuche im Pazifik und der Protest von Greenpeace-Aktivistinnen auf dem Tiananmen-Platz in Beijing am 17. August 1995 (dazu C.a., 1995/8, S.705-707) haben nun auch die VRCh-Führung für die heikle Frage der Atomtests sensibilisiert - und sie in einen gewissen Erklärungsnotstand gebracht.

Mit drei Fragen hat es Beijing vor allem zu tun, nämlich mit der Fortsetzung der eigenen Serie, mit der Stellungnahme zum französischen Vorgehen und mit dem Verhalten Japans, das ja, wie berichtet (C.a., 1995/8, Ü 1) seine Entwicklungshilfe für China gesperrt hat, nachdem dieses am 17. August erneut einen Nukleartest durchgeführt hatte.

In Frage 1 verhält sich China nicht weniger unbeugsam als Frankreich - will also seine laufende Serie bis 1996 fort-

führen und sich dann erst einem Testmoratorium anschließen.

Was die Frage der französischen Tests anbelangt, brachte ein Sprecher des Außenministeriums am 6. September die offizielle chinesische Hoffnung zum Ausdruck, daß sich Frankreich "den Bemühungen anderer Länder anschließt, einen umfassenden Nukleartestverbotvertrag bis spätestens 1996 zu unterschreiben". (XNA, 7.9.95) Diese Äußerung erfolgte kurz nachdem Frankreich am selben Tag im Pazifik seinen zweiten Test durchgeführt hatte.

Ihre Selbstverpflichtung, sich einem umfassenden Teststoppvertrag bis spätestens 1996 anzuschließen, erklärte die Volksrepublik zuletzt beim Sitz der Vereinten Nationen am 27. September 1995 anlässlich der Feierlichkeiten zum 50jährigen Bestehen der UNO. (XNA, 28.9.95) Mit dieser Einstellungserklärung gehe China davon aus, hieß es zur Begründung, daß der NPT (Nuclear Nonproliferation Treaty) ein erster Schritt zum totalen Verbot und zur vollständigen Zerstörung aller Nuklearwaffen sei. Dies war eine Erklärung, die zwar schon seit dem ersten Atombombenversuch Chinas i.J. 1964 immer wieder abgegeben wurde, die deshalb aber nicht sehr viel glaubhafter geworden ist: wer geht schon davon aus, daß ein solches totales Verbot je Realität wird!?

Besonders empört zeigte sich China wiederholte Male über Japan und seine Einstellung der laufenden Entwicklungshilfe. Ministerpräsident Li Peng bezeichnete das Verhalten Japans als "unerwünscht" und "unfreundlich". (XNA in SWB, 21.9.95) Japan stehe unter dem mächtigen nuklearen Schutzschild der Vereinigten Staaten; doch wer schütze China!?! Wenn es sich nicht selbst wehre, helfe ihm niemand! Auch erinnerte China die Japaner mehrere Male an ihre "aggressiven Kriege gegen China". Angesichts dieser unerhörten und zahlreichen Aggressionen fielen doch die wenigen chinesischen Nukleartests kaum ins Gewicht! (XNA, 6.9.95) Japan möge mit der "schwerer kämpften Freundschaft zu China" gefälligst etwas vorsichtiger zu Werke gehen! (XNA, 15.9.95)

Im übrigen sei die japanische Entwicklungshilfe nichts anderes als eine "Form der Entschädigung" für die jahrelange Aggression gegen China. (So Ministerpräsident Li Peng in Kyodo, SWB, 20.9.95) -we-

***(3)
Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages des "Sieges im Anti-japanischen Krieg"**

Am 3. September versammelten sich rd. 10.000 Personen aus allen Schichten der chinesischen Gesellschaft, um den 50. Jahrestag des "Sieges im Anti-japanischen Widerstandskrieg" und im "weltweiten antifaschistischen Krieg" zu feiern.

Fast die gesamte Spitzenführung der VR China war bei den Feierlichkeiten zugegen. Jiang Zemin hielt eine Rede und erinnerte daran, daß die japanische Regierung am 2. September 1945 die Kapitulationsurkunde unterzeichnet habe - mit der damaligen Guomindang-Regierung wohlgerneht - ein Punkt, der in der Rede allerdings nicht ausdrücklich hervorgehoben wurde. (XNA, 4.9.95) China sei das mit Abstand "größte Schlachtfeld" des antifaschistischen Kriegs in Asien gewesen und habe die meisten Opfer gebracht. Das chinesische Volk habe insgesamt etwa 1,5 Millionen japanische Soldaten "ausgeschaltet" - rd. 70% der Totalverluste an Toten und Verwundeten, die die Japanische Armee während des Zweiten Weltkrieges erlitten hat. China habe damit eine ganz entscheidende Rolle bei der Vernichtung der aggressiven Armee gespielt. Dafür habe das chinesische Volk allerdings gewaltige nationale Opfer in Kauf nehmen müssen. Die "Chinesen wurden von den Japanern wie Tiere massakriert, versklavt und gedemütigt; sie wurden für Experimente mißbraucht, die die japanischen Aggressoren mit bakteriologischen Waffen anstellten; Staats- und Privatbesitz wurde geplündert; die chinesische Kultur wurde in Mitleidenschaft gezogen. Eine Strophe aus dem Lied "Marsch der Freiwilligen", das damals überall in China gesungen wurde, lautet: "Die chinesische Nation befindet sich in größter Gefahr" und spiegle damit die damalige Lage des chinesischen Volkes am deutlichsten wider. Nach Gründung der VR China wurde dieser "Marsch der Freiwilligen" als Nationalhymne im Gesetz verankert. Die Demütigungen Chinas, wie sie damals an der Tagesordnung gewesen seien, dürften nie wiederkehren. Die Souveränität gehe den Chinesen daher über alles.

Im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten erinnerte die chinesische Propaganda nicht nur an den Krieg vor 50, sondern auch an den vor 100 Jahren (1894/95) und spricht von den "Zwei

chinesisch-japanischen Kriegen". Die Ursache beider Kriege sei gleich gewesen und habe in der japanischen Aggression gegen China bestanden. Lediglich der Ausgang habe sich unterschieden, insofern China nämlich den ersten Krieg verlor, den zweiten aber gewann. Seitdem hätten sich zwischen beiden Ländern keine militärischen Konflikte mehr ereignet und man könne von einer merklichen Besserung der bilateralen Beziehungen sprechen.

Nur wenn die Lehren aus beiden Kriegen beherzigt würden, bleibe beiden Seiten langfristig eine dritte kriegerische Auseinandersetzung erspart.

Japan kann Ausführungen solcher Art kaum etwas entgegenhalten. Andererseits sind viele Japaner über den schnell zunehmenden chinesischen Nationalismus beunruhigt, der sich nicht nur in solchen gönnerhaften Äußerungen ausdrückt, sondern auch in Handlungen wie Atomtests in Lop Nor, Raketentests vor Taiwan, Massenhinrichtungen am Vorabend der Weltfrauenkonferenz, Verhaftungen von Menschenrechtsaktivisten, Drohungen gegen Taiwan sowie gegen die demokratische Bewegung in Hongkong und nicht zuletzt auch in der kompromißlosen Haltung gegenüber den ASEAN-Staaten in der Spratly-Frage. Auch die Warnungen Beijings an Tokyo, nach dem gleichen Schema wie die USA einen Privatbesuch Li Denghais in Japan zuzulassen, werden als genauso unangemessen empfunden wie Drohungen dagegen, daß in Japan Taiwan-Aktivistinnen Zuflucht und Redemöglichkeiten gewährt werden. -we-

***(4)
Dreiecks-Erwägungen bei der Suche nach einer neuen Weltordnung**

In der chinesischen Außenpolitik scheint sich nach und nach eine Sicht durchzusetzen, die davon ausgeht, daß anstelle der zusammengebrochenen bipolaren Struktur in den internationalen Beziehungen mittlerweile vier "Dreiecke" entstanden sind, die von der einzigen noch verbliebenen Supermacht, den USA, zu einem gemeinsamen Ganzen zusammengehalten werden, so daß man von "vier Mächten und einer Supermacht" sprechen könne. (Xue Mouhong, Vizepräsident der Gesellschaft für asiatisch-afrikanische Studien, in BRU, 1995, Nr. 39, S. 21 f.) Die Supermacht sind, wie gesagt, die USA, die "Vier Mächte" aber Rußland, China, Japan und die EU.

Dreieck Nr. 1 wird von den USA, Japan und China gebildet, also von Mächten, die rings um den Pazifik liegen. Zwischen den drei "Ecken" gibt es Spannungen, nämlich Handelskonflikte zwischen den USA und Japan sowie Menschenrechts- und "Taiwan"-Konflikte zwischen den USA und China - nicht zu vergessen auch die Spannungen zwischen China und Japan im Hinblick auf die - zumindest aus chinesischer Sicht - "drohende Wiederbelebung des Militarismus in Japan".

Das Dreieck Nr. 2 setzt sich aus den USA, China und Rußland zusammen. Dort ist es mittlerweile zu Konflikten zwischen Rußland und den USA gekommen, vor allem wegen der geplanten Osterweiterung der NATO sowie der Bosnien-Frage. Aus Gründen des strategischen Gleichgewichts habe sich Rußland deshalb an die beiden Nachbarn im Osten, Japan und China, gewandt. Aufgrund der Territorialstreitigkeiten mit Japan erscheint es jedoch unwahrscheinlich, daß die beiden Länder in Kürze einen Durchbruch in ihren bilateralen Beziehungen erzielen können. Was andererseits China und Rußland anbelangt, so ist es hier in den letzten Jahren zu einem erstaunlichen Ausgleich gekommen, nachdem vorher, vor allem nach 1968, ein Gefrierpunkt erreicht worden war. Heutzutage aber verhandeln beide Seiten über die Festlegung ihrer Grenzen, sind in vielen globalen Fragen ähnlicher Ansicht und gehen auch im Außenhandel sowie bei der militärischen Zusammenarbeit Hand in Hand.

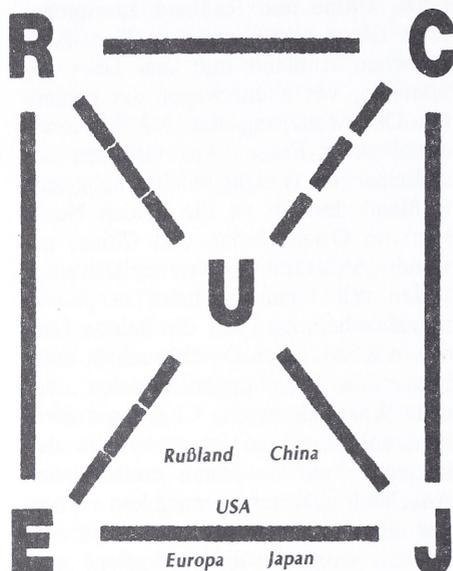
Dreieck Nr. 3 besteht aus den Ecken USA, Europa und Japan.

Geplagt von enormen Handelsdefiziten haben die USA den Europäern, vor allem aber Japan, mit einseitigen Handelsanktionen gedroht - man denke an den Konflikt mit der EU über Agrarprodukte und an den Autodisput mit Japan. Reibereien solcher Art haben wiederum zu einer Annäherung zwischen EU und Japan geführt. Frankreich zeigt sogar besonderen Eifer, die Beziehungen zu Japan weiter auszubauen. Vor allem der französische Präsident Chirac will sich für eine solche Kooperation stark machen; gleichzeitig hat aber seine Atomtestpolitik im Pazifik auch zu neuen Spannungen mit Japan geführt.

Dreieck Nr. 4 setzt sich aus den USA, Rußland und der EU zusammen. Besonders charakteristisch für die neuere Entwicklung ist hier eine gewisse Di-

stanzierung der EU von den USA. Ab 1999 soll eine gesamteuropäische Währung eingeführt werden, die dann zum US-Dollar in Konkurrenz steht. Auch könnte der Aufbau eines "Kerneuropa" die Anwesenheit der USA in Europa unterminieren.

Die Beziehungen zwischen Europa und Rußland wiederum sind durch die Ost-erweiterung der NATO, durch die Bosnienpolitik der EU und durch Handelsungleichgewichte problematisch geworden. -we-



*(5)

Weitere Annäherungen zwischen China und Rußland

Am 22. und 23. September kam Außenminister Qian Qichen zu einem Arbeitsbesuch nach Moskau und nach Sotschi am Schwarzen Meer. Zweck der Visite war es, das dritte chinesisch-russische Gipfeltreffen vorzubereiten, das Anfang November in Beijing stattfinden soll. Das erste dieser Treffen hatte bereits 1992 in der chinesischen Hauptstadt stattgefunden, das zweite 1994 in Moskau. (XNA, 24.9.95)

Im Juni 1995 war Ministerpräsident Li Peng nach Moskau gekommen. Die Abkommen, die dabei geschlossen wurden, würden gegenwärtig mit Elan umgesetzt, hieß es. Rußland bleibt auch weiterhin eingeladen, am Bau des Sanxia-Staudamm-Projekts teilzunehmen. Auch haben sich beiden Seiten darin geeinigt, Handelszonen an ihrer Grenze zu errichten, vor allem in den ehemals mandschurischen Gebieten im heutigen chinesischen Nordosten und in der rus-

sischen Zabaikalye-Region. Im Schwarzmeerort Sotschi besuchte Qian Qichen den dort zu einem Erholungsaufenthalt weilenden Jelzin.

Beide Seiten betonen immer wieder, in fast allen größeren internationalen Fragen einer Meinung zu sein. So haben sie sich beispielsweise annähernd gleichlautend gegen die weitere Bombardierung von Zielen in Bosnien durch die NATO ausgesprochen und forderten ein Ende der NATO-Luftangriffe.

Was die gemeinsame Grenze anbelangt, so seien bisher rd. 85% des bisher umstrittenen Verlaufs durch Grenzmarkierungen abgestellt worden. Man hoffe, mit der gesamten Grenzziehung bereits Ende Oktober fertig zu sein, hieß es. (ITAR-Tass in SWB, 20.9.95)

Die Wörter *drushba* und *youyi* ("Freundschaft") scheinen, wie schon in den 50er Jahren, längst wieder zu den am häufigsten gebrauchten Ausdrücken zu gehören, um das bilaterale Verhältnis zu charakterisieren. -we-

*(6)

Berichte über die Einstellung der chinesisch-iranischen Zusammenarbeit im Nuklearbereich waren ein Gerücht

Ende September gab es Meldungen, demzufolge China seine Zusammenarbeit mit dem Iran auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomtechnik eingestellt habe. Diese Meldung wurde jedoch vor allem von Seiten Teherans als bloßes Gerücht amerikanischer Diplomaten abgetan. (Radio Iran in SWB, 2.10.95y)

Auch die chinesische Seite machte klar, daß von einem solchen Abbruch nicht die Rede sein könne. Die Zusammenarbeit zwischen China und dem Iran bestehe vielmehr weiter - allerdings nur innerhalb jenes Rahmens, den die internationale Atomenergiebehörde beaufsichtige. (XNA, 27.9.95) Gleichzeitig wurden britische Berichte als unzutreffend bezeichnet, demzufolge chinesische Techniker im Iran eine Nuklearanreicherungsanlage erstellten.

Auch Moskau hält am Atomgeschäft mit dem Iran fest. Anfang September unterzeichnete das russische Atomenergie-Ministerium einen Vertrag über den Bau zweier neuer Leichtwasserreaktoren im Kernkraftwerk Bushier. Begonnen worden war die Anlage von der deutschen Firma Siemens. Der iranisch-ira-

kische Krieg hatte jedoch zum Abbruch dieser Arbeiten geführt. Aus politischen Gründen war eine Wiederaufnahme un-erblieben.

Noch im Frühjahr 1995 hatten die USA Rußland gebeten, auf das Geschäft zu verzichten, weil Iran in Wahrheit Nuklearwaffen entwickeln wolle. Im Zusammenhang mit dem Besuch Präsident Clintons im Mai in Moskau hatten sich beide Seiten dann auf einen Kompromiß geeinigt, demzufolge Rußland am zivilen Teil der Lieferung festhielt, sich aber gleichzeitig verpflichtete, keine Gaszentrifuge zur Urananreicherung und keine andere Anlage zu verkaufen, die zur Herstellung von Atomwaffen dienen könnte. -we-

*(7)

Neue Richtlinien für die chinesische Entwicklungshilfe

Anlässlich einer Tagung des 26. South Pacific Forum in Port Moresby, der Hauptstadt von Papua-Neuguinea, gab ein Vertreter folgende neue Prinzipien der chinesischen Entwicklungshilfe bekannt: (1) Priorität für KMU (Klein- und Mittelunternehmen), (2) Aufbau der Entwicklungshilfeprojekte in Form von Joint Ventures, (3) Finanzierung auch der regierungsoffiziellen Entwicklungshilfe durch Bankkredite und (4) zinsfreie Kredite nur noch für die allerärmsten Länder. (XNA, 8.9.95)

Von der neuen Vergabemethode erhofft sich die VRCh folgende Vorteile: Anwachsen der Hilfsfonds, Ausdehnung des Projektumfangs, Anknüpfung bei den Betrieben und Verbindung der Interessen der Betriebe mit der Durchführung der Projekte.

Abgesehen davon betonte die chinesische Seite immer wieder ihr großes Interesse an engen Beziehungen mit den Ländern des Südpazifik. Dazu besteht auch aller Anlaß; liegen doch dort - ähnlich wie in Zentralamerika - zahlreiche kleine Staaten, die sich gern mit Taiwan verbinden, weil sie von der Republik China mehr Zuwendungen erwarten als von der Volksrepublik. Z. Zt. unterhält Taiwan mit 29 Staaten volle diplomatische Beziehungen, nämlich mit 16 in Lateinamerika, mit acht in Afrika, mit einem in Europa (Vatikan) und mit vier im südpazifischen Raum, nämlich mit Nauru, Salomonen, Tonga und Tuvalu. Diese Kleinstaaten pflegen auch immer eine Menge Ärger zu bereiten. So beteiligten sich bei-

spielsweise die Salomonen zusammen mit 13 anderen Entwicklungsstaaten an einer neuen Initiative, die darauf abzielt, anlässlich der 50. Tagung der UNO-Generalversammlung der Republik China wieder einen Sitz in der Weltorganisation einzuräumen. Wie erwartet, protestierte Beijing auf der Stelle in aller Schärfe gegen diese Initiative. (Radio Australien in SWB, 13.9.95) -we-

*(8)

Bosnien: Die Intervention der anderen ist schuld!

Die Jugoslawienkrise gilt im Westen als hausgemacht, ja geradezu als Paradebeispiel dafür, daß nach Beendigung des Kalten Kriegs die von den Großmacht rivalitäten überrannten kleinen nationalen Gegensätze nun wieder aufzufammen beginnen.

Dies schien, wie gesagt, allgemeiner Konsens. In der Zwischenzeit aber bezeichnet die VR China die Bosnienkrise als Folge der "Intervention der Großmächte". Daß sich die Großmächte erst ex post eingeschaltet hatten, nachdem nämlich der in einigen Teilen Bosniens zunehmende Völkermord unerträglich geworden war, wird von Beijing offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen. Aus der Sicht der Chinesen haben die USA vielmehr einen Bombenüberfall der Serben auf Sarajevo am 28. August kaltblütig ausgenutzt, um mit vernichtenden Luftangriffen gegen militärische Ziele "und auch auf einige zivile Einrichtungen der bosnischen Serben" zu beginnen. Daß die bosnischen Serben durch die NATO-Aktionen überhaupt erst zu Kompromissen veranlaßt werden konnten, wird chinesischerseits ebenfalls nicht eingeräumt. Vielmehr heißt es, daß "trotz" des Bombengetöses die drei Parteien am 8. September ein grundlegendes Friedensabkommen hätten erzielen können, in dem Bosnien als Gesamtheit erhalten bleibt, den bosnischen Serben aber das Recht zuerkannt wird, Autonomie innerhalb dieses bosnischen Staates zu erhalten - und außerdem die Möglichkeit zu bekommen, mit dem benachbarten Serbien Sonderbeziehungen zu unterhalten.

Die Luftangriffe der NATO wiederum veranlaßten Moskau, das in der Balkanregion immer schon Interessen zu verteidigen hatte und das außerdem Sonderbeziehungen zu den Serben unterhält, zu einer Reihe diplomatischer Initiativen, u.a. zu einem Protest gegen

die NATO-Luftangriffe, bei der UNO. Diesem Protest schloß sich am 14. September auch die VR China an. Die NATO dürfe ihre Macht in Bosnien-Herzegowina "nicht länger mißbrauchen", hieß es in dem Antrag. (XNA, 15.9.95) "China sei über die NATO-Luftangriffe sehr besorgt". (XNA, 13.9.95)

Daß die NATO erst ins Geschehen eingriff, nachdem die UNO versagt hatte, bleibt in dem Bericht unerwähnt.

Anders als 1992/93 in Kambodscha waren im ehemaligen Jugoslawien keine chinesischen Blauhelm-Einheiten eingesetzt worden.

Im Gegensatz zu Moskau auch führte Beijing in der Jugoslawien-Frage eine wesentlich weniger scharfe Sprache. Rußland hat der NATO bekanntlich Völkermord in Bosnien vorgeworfen. (Dazu FAZ, 13.9.95) -we-

*(9)

50 Jahre UNO

a) Das Jubiläumsdatum:

Am 26. Juni 1945 war in San Francisco zum Abschluß der Gründungskonferenz von 51 Staaten die "Charta der Vereinten Nationen" unterzeichnet worden. Die Charta trat nach ihrer Ratifizierung durch China (damals die Republik China), Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion und die USA sowie durch die Mehrheit der anderen Signatarstaaten am 24.10.1945 in Kraft. Der 24. Oktober wird seither als Gründungstag der UNO gefeiert.

In der VR China fand das 50jährige Jubiläum sowohl in der Presse als auch in der Politik breites Echo.

Am 26. September hielt Außenminister Qian Qichen vor dem UNO-Sicherheitsrat eine Rede, in der er vor allem die beiden Probleme des "Peacekeeping" sowie der UNO-Reform ansprach. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Forderung, daß es "keinem Land erlaubt sein dürfe, im Namen der Vereinten Nationen militärische Interventionen durchzuführen". Dieser Satz war deutlich auf die Bosnienpolitik und vor allem auf die dortige Politik der USA gemünzt. Im Vordergrund jeder "Friedenserhaltung" müsse das Prinzip der Achtung vor der Souveränität eines Staates - und damit der Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten - stehen.

b) Zur Frage friedenserhaltender Maßnahmen:

Alle Streitigkeiten sollten, wie Qian ausführte, durch friedliche Mittel geregelt werden, sei es nun durch gute Dienste, durch Arbitrage oder durch Verhandlungen. Niemals dürfe ein Staat, der im Auftrag der UNO tätig wird, zur Partei werden. Wo eine Lösung und ein Konsens nicht schnell erreicht werden kann, sollten alle Parteien sich zurückhalten und Geduld üben. (XNA, 28.9.95)

Zu der Frage, wie die UNO sich verhalten solle, wenn, wie in Bosnien, der Völkermord zum Tagesgeschäft wird, gab Qian allerdings keine Stellungnahme ab. Drei Jahre lang haben sich die UNO-Kräfte dort bekanntlich in Geduld geübt - und waren daraufhin am Ende von niemandem mehr ernst genommen worden. Dies ging so weit, daß UNO-Soldaten sogar als Geiseln herzuhalten hatten.

Kaum aber hatten die von der UNO beauftragten NATO-Kräfte militärisch eingegriffen, war es auch schon zu einer Einigung auf Regelungsgrundsätze gekommen, wie sie von der UNO (und damit auch von der VR China) vorher absegnet worden waren. All diese Besonderheiten fanden in den Ausführungen Qian Qichens keinen Niederschlag.

Von Peacekeeping-Aktionen mit militärischen Mitteln hält die VRCh herzlich wenig.

Schon Anfang 1994 hatte sie sich, wieder einmal, darüber beklagt, daß innerhalb von nur drei Jahren seit dem Ende des Kalten Kriegs 17 friedenserhaltende Missionen der UNO mit zusammen 80.000 Soldaten durchgeführt worden seien. Die Ausgaben für diese Unternehmungen hätten sich auf 3,7 Mrd. US\$ belaufen und stellten mittlerweile eine immense Belastung für die Vereinten Nationen dar.

Angesichts dieser Situation könne nicht oft genug betont werden, daß die UNO nicht alles und jedes regeln könne und daß vor allem kostspielige militärische Aktionen soweit wie möglich vermieden werden sollten.

Schon in maoistischer Zeit hatte China jegliche Einmischung von UNO-Truppen in die Angelegenheiten anderer Länder verurteilt. Mittlerweile freilich ist auch Beijing der Meinung, daß die UNO bei der Entschärfung regionaler Konflikte, der Überwachung von Waf-

fenstillständen, der Kontrolle von Militärausgaben und bei der Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts eine nicht immer nur passive Rolle spielen sollte. Als Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats war sich China eine solche Schlußfolgerung schuldig.

In der Tat hatte Beijing für sich bereits 1988 erste Konsequenzen gezogen. Damals war den UNO-Friedenstruppen der Friedensnobelpreis verliehen worden. Im selben Jahr hatte die VRCh offizielle Mitgliedschaft beim UNO-Sonderausschuß für die Friedenserhaltung angenommen. Seither traten die ersten chinesischen Militärbeobachter in Konfliktgebieten auf, z.B. im Grenzbereich zwischen Kuwait und Irak sowie im syrischen Damaskus. 1992 nahmen darüber hinaus zum erstenmal chinesische Truppen an einer UNO-Aktion zur Erhaltung des Friedens in Kambodscha teil. Gebildet worden waren die ersten chinesischen Blauhelm-Einheiten aufgrund eines Befehls des Generalstabs vom 11. März 1992. Insgesamt leisteten die chinesischen Blauhelme in Kambodscha 18 Monate lang Einsatz. U.a. bauten sie dabei eine 102 km lange Landstraße und reparierten 517 km Straßenabschnitte, machten drei Flughäfen wieder einsatzfähig und setzten 40 Brücken instand.

Von Kambodscha abgesehen, hat China freilich keine Blauhelmtruppen mehr zur Verfügung gestellt - und dies, obwohl sich Beijing längst zu der Erkenntnis hat durchringen müssen, daß es auch nach dem Ende der bipolaren Welt und des Kalten Krieges keineswegs friedlicher zugeht als vorher. Vielmehr träten nun zahlreiche Konflikte, die im Zeichen des Kalten Krieges unterdrückt worden waren, wie z.B. ethnische Dispute, Religionsfehden und territoriale Ansprüche, mit um so größerer Vehemenz an die Oberfläche und eskalierten z.T. in regionale Kriege - man denke an Bosnien-Herzegowina, Somalia, Angola und Liberia.

Die UNO müsse hier beschwichtigend eingreifen und ihre guten Dienste zur Verfügung stellen. Ein Dazwischenhau- en bringe allerdings wenig - man denke an den blamablen Ausgang des UNO-Unternehmens in Somalia.

c) Reformen bei der UNO?

Was die Reform der UNO anbelangt, so stünden vor allem drei Probleme im Vordergrund, nämlich die Erweiterung der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat, die Verstärkung der UNO-Effizienz und die weitere Demokratisierung.

Hierbei sei stets auf den wichtigsten Wandel der UNO innerhalb der letzten 50 Jahre Rücksicht zu nehmen, nämlich auf die Steigerung der Mitgliederzahl von ursprünglich 51 auf heutzutage 185, wobei zu bedenken sei, daß die überwältigende Mehrheit der neuen Mitgliedstaaten aus Entwicklungsländern bestehe. (So Qian Qichen, XNA, SWB 2.10.95)

Die Reform der UNO, vor allem der Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat, müsse sich nach dem Prinzip einer "fairen geographischen Verteilung" richten (XNA, 25.9.95) - ein Prinzip, das dem deutschen Antrag auf einen Ständigen Sitz nicht gerade günstig ist, da in Europa ja bereits Großbritannien und Frankreich Ständige Mitglieder sind!

Was die "Arbeitsmethoden des UNO-Sicherheitsrats" anbelangt, so müßten sie dadurch verbessert werden, daß die Verbindungen zur Generalversammlung gestärkt werden. Die Wünsche der Mehrheit der Generalversammlung sollten sich künftig also in den Beschlüssen des Sicherheitsrats stärker widerspiegeln. (XNA, 25.9.95)

Ginge es den Chinesen freilich wirklich um mehr Demokratisierung, so müßten sie eigentlich für eine Abschaffung der Privilegien gewisser Mitgliedstaaten, vor allem der Vorrechte der fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, eintreten. Damit freilich würden sie sich selbst - als Mitglied dieses privilegierten Clubs - den Teppich unter den Füßen wegziehen. Dies aber will niemand in Beijing. Deswegen bleiben seine "engagierten" Reformvorschläge in dieser Frage mehr oder weniger bloße Wortakrobatik.

In zwei Grundaussagen wird jedermann dem Anliegen Chinas beipflichten, daß nämlich "Friede und Entwicklung" die beiden Hauptaufgaben der gegenwärtigen Welt sind und daß das eine nicht vom anderen getrennt werden kann. "Frieden garantiert Entwicklung", so wie umgekehrt die Entwicklung Voraussetzung jedes dauerhaften Friedens ist. Eine solche Feststellung ist zwingend - und paßt übrigens auch in jede Sonntagsrede.

Eine weitere Reihe von Zielen, wie sie sich China zueigen gemacht hat, dürfte ebenfalls weltweite Zustimmung finden, nämlich die Verhinderung des Wettrenns im Weltall, die Fortentwicklung internationaler wirtschaftlicher Kooperation, die Überwindung der zahllosen

Verschuldungskrisen gegenüber dem Ausland, die Lösung des Flüchtlingselends und die Reduktion der UNO-Haushaltsschulden. Wenn es allerdings um weitere Fragen, wie "totale Abrüstung" und "totales Verbot aller Nuklearversuche" geht, so erweist sich China hier selbst wenig vorbildhaft: permanent rüstet es auf - und zwar angeblich nur zu dem Zweck, um dann wieder abrüsten zu können.

Alles in allem ist es eine höchst zwiespältige Haltung, die die VRCh in ihren Stellungnahmen zur UNO vollzieht.

Wesentlich glaubhafter ist ihre Zustimmung zu zahlreichen Unterorganisationen, sei es nun der UNDP, der WHO und nicht zuletzt der UNESCO, von denen China ja gewaltige Vorteile hat, vor allem soweit der Erziehungssektor in Betracht kommt. Im Bereich der Erwachsenenbildung und der Unterstützung des Grundschulsektors in besonders armen Gegenden ("Projekt Hoffnung") hat die UNESCO der VRCh seit vielen Jahren kräftig unter die Arme gegriffen. Viele Einwohner des abgelegenen Dorfes Humaying im Autonomen Mandschurenkreis Fingning (Provinz Hebei) wissen z.B. nicht, wo Hongkong liegt; fragt man sie aber nach dem Namen des Generalsekretärs der UNO, so erfolgt die Antwort auf Anhieb; hat doch die UNESCO als Beitrag zum "Hoffnungsprojekt" eine Reihe von Grundschulen in der sonst so rückständigen Region errichtet! (Dazu BRU, 1995, Nr. 38, S. 14) -we-

Innenpolitik

*(10)

Die Plenartagung des Zentralkomitees: Wirtschafts- und Personalfragen im Mittelpunkt

Vom 25. bis zum 28. September hat im Beijinger Jingxi-Hotel die 5. Plenartagung des 1992 eingesetzten XIV. Zentralkomitees (ZK) der KPCh stattgefunden. Erst nach Abschluß der Tagung wurde über die Beschlüsse des Plenums in den Parteimedien berichtet. An der Tagung nahmen 176 Vollmitglieder und 125 Kandidaten des ZK teil.

Dem ZK gehören die wichtigsten Vertreter bürokratischer, regionaler und militärischer Interessen im politischen